

Inhaltsverzeichnis

A. Der Fall Gotovina: Ausgangspunkt der Untersuchung	1
I. Sachverhalt	1
II. Relevanz der causa „Gotovina“	4
III. Der kroatische Weg nach Europa.....	6
1. Beitritt als gemeinsames Ziel opponierender Parteien in einem Transformationsland	7
2. Verfassungsreformen	10
3. Begleitung der Transformation durch die Beteiligung an Präadhesionsinstrumenten und an den Instrumenten der Nachbarschaftspolitik	12
4. Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens	16
5. Antrag auf Beitritt	23
IV. Länderauswahl.....	24
1. Kroatien.....	24
2. Seitenblicke und „Krebsgänge“	26
a) Länder in einer aktuell vergleichbaren Situation	27
b) Länder der Süderweiterung: Spanien.....	27
c) Länder der Osterweiterung 2004.....	28
 B. Der Beitritt zur Union: ein verfassungsrechtliches Verfahren	 31
I. Der Beitritt im Spannungsverhältnis zwischen politischem Prozess und rechtlichem Verfahren.....	31
1. Klärung des Verfahrensbegriffs	31
2. Beitrittsverhandlungen als rein politischer Prozess	37
3. Relevanz der Frage, ob ein rechtliches Verfahren vorliegt.....	42
II. Der Beitritt als völkerrechtliches Verfahren.....	51
1. Anwendbarkeit der allgemeinen Regeln des Völkerrechts	52
2. Anwendung auf EU-Beitrittsverhandlungen	55
a) Völkerrechtliche Abstützung einer unionsrechtlich gefallten Entscheidung im Beitrittsverfahren im Fall der Türkei	58

b) Vermeidung der Entstehung völkerrechtlicher Pflichten im Europaabkommen mit Slowenien.....	60
III. Das Beitrittsverfahren als unionsverfassungsrechtliches Verfahren.....	62
1. Verfassungsrechtliches oder einfachrechtliches Verfahren.....	63
a) Existenz einer Unionsverfassung.....	63
b) Historischer Überblick über die Entwicklung des einheitlichen Beitrittsverfahrens	68
aa) Historische Entwicklung eines einheitlichen Beitrittsverfahrens	69
bb) Beteiligung des Parlaments und Überführung ins Unionsrecht	72
cc) Fixierung ungeschriebener Normvoraussetzungen.....	73
c) Verfassungsauftrag Erweiterung im gültigen Recht	74
aa) Präambel des EG-Vertrags.....	77
bb) Präambel des EU-Vertrags.....	81
cc) Kollidierende Verfassungsziele.....	83
dd) Ergebnis: Erforderlichkeit einer verfassungsrechtlichen Normierung	84
2. Formelle verfassungsrechtliche Vorgaben	85
3. Inhaltliche Vorgaben der Art. 49 I 1 EU, 6 I EU für das Beitrittsverfahren	85
4. Methodenfragen zur Ermittlung des Gehalts der verfassungsrechtlichen Vorgaben	88
a) Subtraktionsmethode	89
b) Methode der positiven Annäherung.....	90
IV. Inhaltliche Vorgaben der Verfassung im Beitrittsverfahren.....	93
1. Europäischer Staat	93
2. Achtung der Freiheit	98
3. Achtung der Demokratie	100
4. Ein Unterfall des Demokratieprinzips: Die Wahrung der Rechte der Minderheiten	103
5. Achtung der Menschenrechte	111
6. Rechtsstaatlichkeit.....	115
a) Vollständige Kooperation mit dem ICTY als Anwendungsfall des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit	117
aa) S/RES/827 i.V.m. Art. 25 UN-Charta	118
bb) Genfer Konvention	119

cc) Vertragliche Verpflichtung im Rahmen des Dayton-Abkommens	121
dd) Bilaterale Verpflichtung der Republik Kroatien gegenüber dem Kriegsverbrechertribunal und verfassungsrechtliche Selbstverpflichtung	122
ee) Vertragliche Verpflichtung im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses zur Europäischen Union	124
b) Ergebnis: Verpflichtung aus Art. 49 I 1 EU i.V.m. Art. 6 I EU (Rechtsstaatlichkeit) im Beitrittsverfahren	126
V. Formelle Vorgaben der Verfassung an das Beitrittsverfahren (Art. 49 I 2, II EU)	128
1. Adressat des Beitrittsantrags	128
2. Festlegung des Beginns des Beitrittsverfahrens	128
3. Einstimmiger Beschluss des Rats	129
4. Zustimmung des Parlaments	133
a) Möglichkeit der Einflussnahme des Parlaments in laufenden Beitrittsverfahren	135
b) Beispiel: Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Strategiepapier 2005 der Kommission zur Erweiterung	136
c) Beispiel: Forderung des auswärtigen Ausschusses des Parlaments zur sofortigen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien vom 17. März 2005	141
5. Anhörung der Kommission	142
6. Abkommen in Bezug auf Aufnahmebedingungen und Ratifikation durch die Vertragsstaaten	147
7. Kurzdarstellung der verfassungsrechtlich vorgesehenen Verfahrensschritte	150
VI. Die politische Ausgestaltung der inhaltlichen Vorgaben der Verfassung: Die Kopenhagener Kriterien als politischer Kern des Beitrittsverfahrens	151
1. Rechtliche oder politische Bindungswirkung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates	152
2. Präzisierung der verfassungsrechtlichen Anforderungen oder darüber hinausgehende Erfordernisse?	156
3. Wirtschaftliche Kriterien	158
4. Rechtliche Kriterien: Übernahme des <i>acquis communautaire</i> als faktisch leitender Bezugspunkt	163

5. Die Kopenhagener politischen Kriterien als Konkretisierung der verfassungsrechtlichen Determinanten	167
a) Zurückbleiben der politischen Beitrittsanforderungen hinter den Vorgaben des Europäischen Verfassungsrechts	169
b) Politische Beitrittsanforderungen übertreffen die Vorgaben des Europäischen Verfassungsrechts	172
c) Identität der Beitrittsanforderungen mit den Prinzipien des Europäischen Verfassungsrechts	175
6. Alternatives völkerrechtliches Verständnis der Kopenhagener Kriterien als Auslegungsregel im Sinne der WVK	176
VII. Änderungen durch den Vertrag von Lissabon	177

C. Rechtliche Bewertung des Vorgehens der Unionsorgane im kroatischen Beitrittsverfahren	181
I. Beitrittsgesuch als Beginn der Einleitung des Beitrittsverfahrens	181
II. Die Affäre Gotovina: Verschiebung der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien vom 16. März 2005 bis 3. Oktober 2005	184
1. Ermittlung des dem Ratsbeschluss zugrunde liegenden Sachverhalts	185
a) Vorteile der Einbeziehung externen Sachverständs	186
b) Gefahren der Einbeziehung externen Sachverständs	186
c) Vorgehen von Kommission und Rat im Vorfeld der Beschlussfassung am 16. März 2005	189
2. Probleme des Vorgehens von Kommission und Rat im Vorfeld des 16. März 2005	196
a) Probleme der Übertragung von verfassungsverfahrensrechtlichen Aufgaben der Kommission an den ICTY für die Arbeit des Gerichtshofs	197
aa) Aufgabengebiet des Kriegsverbrechertribunals	197
bb) Einbeziehung in das EU-Beitrittsverfahren außerhalb des zugewiesenen Aufgabenkreises	199
cc) Zusätzliches Sanktionsinstrument	200
dd) Rolle der Anklage	204

b) Probleme der Übertragung von verfassungsverfahrensrechtlichen Aufgaben der Kommission an den ICTY für das Beitrittsverfahren	207
III. Umgang mit der Beitrittskrise.....	215
IV. Beilegung der Beitrittskrise durch Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Republik Kroatien.....	219
1. Der Inhalt des Berichts der ICTY-Chefanklägerin an die EU Task Force on Croatia vom 3. Oktober 2005	221
2. Die Form des Berichts.....	224
3. Ergebnis.....	226

D. Anwendung gleicher verfassungsrechtlicher Standards

auf Altmitglieder und Bewerberstaaten	227
I. Vergleich des Beitrittsverfahrens mit der Durchsetzung der unionsrechtlichen Anforderungen gegenüber Mitgliedstaaten im Suspendierungsverfahren nach Art. 7 EU.....	231
1. Inhaltliche Vorgaben des Suspendierungsverfahrens nach Art. 7 I, 6 I EU (Amsterdamer Vertrag).....	234
a) Grundsätze des Art. 6 I EU	234
b) Schwerwiegende Verletzung	235
c) Anhaltende Verletzung.....	238
2. Inhaltliche Vorgaben des Suspendierungsverfahrens nach Art. 7 I, 6 I EU (Vertrag von Nizza)	240
a) Eindeutige Gefahr.....	240
b) Schwerwiegende Verletzung	241
3. Verfahrensvorgaben	241
a) Frühwarnverfahren	242
aa) Ein Drittel der Mitgliedstaaten.....	242
bb) Europäisches Parlament.....	243
cc) Kommission.....	243
dd) Begründung des Vorschlags.....	246
ee) Zustimmung des Parlaments	246
ff) Anhörung des betroffenen Mitgliedstaates	247
gg) Weisengutachten	247
hh) Beschlussfassung des Rates.....	248
b) Verfahren zur Feststellung einer schwerwiegenden und anhaltenden Verletzung.....	248
aa) Vorschlagsberechtigung und parlamentarische Zustimmung.....	249

bb) Stellungnahme des betroffenen Mitgliedstaates	249
cc) Feststellung durch den Rat	250
c) Aussetzung von Mitgliedschaftsrechten.....	251
d) Revisionsverfahren bei Veränderung der Sachlage	255
e) Ausschluss eines Mitgliedstaates?	256
f) Die Suspendierung der Mitgliedschaftsrechte nach Art. 309 EG und Art. 204 EA	258
4. Ergebnisse des Vergleichs zum Beitrittsverfahren nach Art. 49 EU	259
II. Anwendung gleicher Standards gegenüber Bulgarien und Rumänien	264
1. Verspätete Länder der Osterweiterung	264
2. Aufnahmeempfehlung der Kommission.....	266
3. Bedeutung für das Beitrittsverfahren	270
III. Anwendung gleicher Standards auf den 28. Mitgliedsstaat....	275
IV. Schlussbetrachtung: Vorteile des Rechtsverfahrens gegenüber der Politik	277
Summary.....	279
Literaturverzeichnis	291
Sachregister	311